

Struktur und Verband

Die aktuelle politische Lage ist von multiplen Krisen geprägt: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert fort, die Preise und die Inflationsraten steigen und auch die Klimakrise macht sich immer stärker bemerkbar. Es handelt sich um Krisen, die besonders die junge Generation und damit auch uns Studierende betreffen, es sind also Krisen, wo wir laut sein müssen. Doch gerade jetzt ist es wichtig, nicht aufzugeben. Wir können zur Zeit viel Schlagkraft entwickeln, weil junge Menschen aus der Verzweiflung heraus aktiv werden. Diese Chance müssen wir nutzen, um die richtigen, solidarischen Antworten auf die Krise zu finden.

Wir sehen, dass die Grünen in der Regierungsbeteiligung mehr als einmal ihre Grundwerte aufgegeben haben - unsere Aufgabe ist es, darauf aufmerksam zu machen und die Missstände anzuprangern. Unser Verband entwickelt sich gleichzeitig weiter: Wir befinden uns weiterhin in einem Prozess der Professionalisierung und stärken unsere Strukturen, um lauter und schlagkräftiger an die Politik appellieren zu können. Die sich ständig weiterentwickelnden Bedürfnisse des Verbandes werden stets mit in diesen Professionalisierungsprozess einbezogen. Die Krisen vereinen uns - daher vereinen wir nun mehr Gruppen, mehr Aktive in diesem Verband. Die Corona-Pandemie hat vielen von uns zugesetzt, doch es wird immer klarer, dass wir uns organisieren, uns zusammenschließen müssen, um auf die Krisen zu antworten.

Mitgliedsgruppen stärken

Unsere Mitgliedsgruppen bilden das Herz dieses Verbandes, weshalb auf sie ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss. Entsprechend wird der Bundesvorstand weiterhin regelmäßig alle Gruppen kontaktieren und sich über deren Aktivitäten, Erfolge und Schwierigkeiten informieren. Dort, wo es notwendig und/oder erwünscht ist, besteht auch weiterhin die Möglichkeit, die Mitgliedsgruppen zu besuchen, um ihnen bei Problemen zu helfen und ihnen Fragen zu beantworten.

Der Verband hat aktuell bereits über 60 Mitgliedsgruppen, die bundesweit verteilt sind. Um dieses große Potential auszubauen, unterstützen wir Gruppenneugründungen und fördern den Eintritt bereits bestehender grün- alternativer Hochschulgruppen in den Bundesverband.

Landesstrukturen aufbauen

Die Felder Bildung, Wissenschaft und Hochschule sind primär landespolitische Themen, weshalb wir auf Landesebene eine besondere Schlagkraft entwickeln müssen. Diese bereits begonnene Aufbauarbeit werden wir weiterführen. Besonderes Potential besteht hier im Landesverband Nordrhein-Westfalen, welcher immerhin über 10 Mitgliedsgruppen vereint. Hier soll auf die stattgefundene Landesmitgliederversammlung aufgebaut werden und aus der neu eingesetzten Landeskoordination ein handlungsfähiger und aktiver Landesvorstand werden.

Auch in Brandenburg gründet sich gerade ein Landesverband, welcher bereits seit längerer Zeit gut vernetzt ist. Diese Gründung unterstützen wir selbstverständlich und stehen den Brandenburger Mitgliedsgruppen zur Seite. Wir unterstützen ebenso den bayrischen Landesverband und -vorstand in seiner Arbeit und bei der Veranstaltung von Landesmitgliederversammlungen. Weiterhin muss der bestehende Landesverband in Baden-Württemberg weiter in seiner Arbeit unterstützt werden. Hierzu bleiben wir im Kontakt mit dem jeweils amtierenden Landesvorstand und stehen diesem mit Rat und Tat zur Seite, ohne ihn in seiner Autonomie zu beschränken. Um die (Neu-)Gründung weiterer Landesverbände zu fördern, kann der Bundesvorstand Leitfäden und Konzepte für Landesverbände und die jeweils zuständigen Personen erstellen, in welchen die best practices zusammengetragen werden. Insbesondere arbeiten wir weiterhin mit dem Konzept der Landesbeauftragten. Ihr Ziel ist es, Landesstrukturen so zu stärken, dass diese später funktionierende Landesverbände mit Landesvorständen werden. Über die Landesverbände können auch die Mitgliedsgruppen stärker in die Verbandsarbeit eingebunden und Vernetzungsaufgaben auch auf Landesebene wahrgenommen werden. Der Bundesvorstand soll allgemein im engen Austausch mit den Landesverbänden stehen und diese unterstützen. Dies beinhaltet den inhaltlichen Austausch über landespolitische Themen, aber auch das Angebot, technische Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Schlagkräftig aufstellen - Verein und Verband vereinen

In der kommenden Amtszeit führen wir die Umstrukturierung rechtlich abgesichert fort und überführen die bestehende Doppelstruktur von Bildungswerk e.V. und Campusgrün Bundesverband in eine gemeinsame Struktur. Während dieser Umstrukturierung sollen die Mittel des Vereins weiter erhöht werden, indem weiterhin neue Fördermitglieder gewonnen werden, um den Handlungsspielraum zu erweitern. Des Weiteren sollen die Verfahren und die Arbeitsweise der Bundesgeschäftsstelle stetig evaluiert und optimiert werden. Hierbei sollen die Aufgabenzuschnitte der Mitarbeiter*innen geprüft und verstetigt werden, sodass auch bei einem Personalwechsel klar ist, welche Aufgaben bei der Bundesgeschäftsstelle und welche beim Bundesvorstand liegen.

Partizipation in Teams

Nachdem in der vergangenen Amtszeit erstmals mit Teamstrukturen experimentiert wurde, evaluieren wir diese und entwickeln das Konzept weiter. Es werden erneut Teams eingesetzt, um die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen und Partizipation im Verband zu fördern. Neben den bereits bestehenden Teams für Bildung und für Feminismus & Geschlechtergerechtigkeit, wird ein Social Media Team eingesetzt. Für die anstehenden Europawahlen im Frühjahr 2024 soll eine Struktur entwickelt werden, welche unsere Themen voranbringt.

Bildungsarbeit

Unsere Bildungsarbeit ist essentieller Teil dieses Verbands - sie gibt den Mitgliedsgruppen Instrumente an die Hand und eröffnet ihnen neue Perspektiven und Themenfelder, zu denen sie an ihren Hochschulen arbeiten können. Um dieser Arbeit einen hohen Stellenwert einzuräumen, werden wir erneut ein Bildungsteam einsetzen und dessen Arbeit verstetigen. Wir werden seine Eigenständigkeit fördern, um mehr Veranstaltungen aus dem Team heraus zu ermöglichen. Die rechtliche Verantwortung liegt hierbei weiterhin beim Bundesvorstand, welcher das Bildungsteam unterstützt. Wir werden prüfen, ob wir mehr Ressourcen für unsere Bildungsarbeit schaffen können, indem wir eine*n fest angestellte*n Bildungsreferent*in einstellen, welche*r ebenfalls die Professionalisierung unserer Bildungsarbeit weiter vorantreiben kann.

Unser Plan für 2023

Das Seminar „trans* sein an der Uni“ wird durch die GHG Würzburg mit Unterstützung der Geschäftsstelle und des Bundesvorstands Anfang des Jahres 2023 durchgeführt.

Das Seminar „Mental gesund durchs Studium - mit Stress und Krisen umgehen“ führt der Bundesverband als Wochenendseminar durch. Das Seminar „Decolonize universities! -Rassismus und Kolonialismus an Hochschulen“ wird als fünftägige „Summerschool“ durchgeführt und dient als Start für einen Prozess, in dem sich mit Rassismus in unserem Verband auseinandergesetzt werden soll. Für die BMBF Förderperiode 2023/2024 möchten wir erneut Seminare beantragen, die direkt durch den Bundesverband durchgeführt werden. Selbstverständlich haben unsere Mitgliedsgruppen nach wie vor die Möglichkeit, über uns eine Seminarförderung zu beantragen. Daneben werden wir nach alternativen Förderungsmodellen suchen. Die Richtlinien des BMBF sind sehr streng und ermöglichen keine wirklich freie Planung der Seminare, welche aber für kritisches Denken und Lernen essentiell wäre. Unser Ziel ist es, finanziell unabhängige und besser auf den Verband zugeschnittene Bildungsveranstaltungen anbieten zu können. Weiterhin möchten wir künftig schneller auf aktuelle allgemein- und hochschulpolitische Ereignisse reagieren können und regelmäßig kürzere (Abend-)Veranstaltungen, beispielsweise über Zoom durchführen. So wollen wir mit unseren Aktivist*innen in den Dialog kommen und gemeinsam Lösungsansätze für akute Probleme diskutieren.

Klimagerechtigkeit

Der Klimawandel hat bereits jetzt immense Aufwirkungen auf unsere Erde und unsere Gesellschaft. Hierbei werden besonders Menschen des globalen Südens am härtesten getroffen. Für uns ist daher auch im kommenden Jahr der Kampf für Klimagerechtigkeit von oberster Priorität.

Diesen Kampf tragen wir auch in die Hochschulen, an denen wir studieren. Gerade sie sollten als Orte, an denen die Klimakrise erforscht wird, auch zu Orten des Handelns werden.

Wir geben Lützerath nicht auf und werden mit Bündnispartner*innen für den Erhalt des Dorfes und die Einhaltung der 1,5°-Grenze kämpfen. Dass es gerade grüne Minister*innen waren, die die Freigabe für die Bagger von RWE gegeben haben, ruft uns besonders in die Pflicht zu handeln.

Wir möchten uns in diesem Prozess auch dafür einsetzen, dass RWE und andere Energieunternehmen vergesellschaftet werden. Energieproduktion sollte nicht für Kapitalinteressen sondern für die Menschen geschehen. Der erste Schritt eines langen Weges zu einem gerechten BAföG.

Im zurückliegenden Jahr wurde das 27. und 28. BAföG-Änderungsgesetz verabschiedet, welches einige Verbesserungen für die Studierenden vorsieht. Es bestehen jedoch weiterhin erhebliche Mängel und Lücken. Die Bundesregierung hat noch für die laufende Legislaturperiode eine weitere - strukturelle - Reform angekündigt. Diese werden wir gemeinsam mit Bündnispartner*innen intensiv begleiten und darauf drängen, dass sie möglichst umfangreich ist. Außerdem bauen wir Druck auf, sodass diese dringend benötigten strukturellen Änderungen nicht zu lange auf sich warten lassen. Hierzu bleiben wir insbesondere mit der grünen Bundestagsfraktion sowie nach Möglichkeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung im Austausch. Europa - eine Institution der Bildungsgerechtigkeit

Bereits seit einem Jahr besteht eine europäische Vernetzung zwischen studentischen, grünen und grünennahen Verbänden. Diese werden wir auch im kommenden Jahr weiter ausbauen und dabei mitwirken, dort demokratische, funktionierende Strukturen aufzubauen. Weiterhin findet im Frühjahr 2024 die Europawahl statt, zu der mit den anderen europäischen Verbänden Forderungen ausgearbeitet werden sollen, um sie in die grüne Partei, sowie auch an die Öffentlichkeit heranzutragen. Es bietet sich an, hierzu auch Kontakt zu grünen Mitgliedern des Europaparlaments zu suchen. Um die europäische Vernetzung und Themensetzung voranzubringen, wird eine Struktur geschaffen, in der sich Aktive des Verbands einbringen und den Vorstand unterstützen können. Gute Lehre? Nur mit guten Arbeitsbedingungen!

Die Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes hat das gezeigt, was ohnehin schon klar war: Es gibt viel zu viele, viel zu kurze Befristungen und in den Verwaltungen herrscht enorme rechtliche Unsicherheit bezüglich der Möglichkeiten der Verlängerung. Klar ist: Es braucht eine Reform. Der Bundesvorstand soll diese begleiten und im Austausch mit der grünen Bundestagsfraktion, anderen Wissenschaftspolitiker*innen und Wissenschaftler*innen Positionen entwickeln, insbesondere unter dem Aspekt der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, welche eine Verbesserung der Lernbedingungen für die Studierenden nach sich ziehen würde. Auch hier soll auf die Bundesregierung und die grüne Partei eingewirkt werden, um ein möglichst faires Ergebnis zu erreichen.

Zusammenarbeit und Bündnisse

Vertrauen aufbauen, Einfluss gewinnen

Nach einem Jahr grüner Regierungsbeteiligung müssen wir feststellen, dass insbesondere sozialpolitische Grundwerte der Partei vernachlässigt werden. Wir werden nicht aufhören, Missstände anzuprangern und falsche Entscheidungen zu kritisieren. Doch dabei müssen wir stets im Dialog bleiben: Wir müssen zu den grünen Mitgliedern des Bundestags den Kontakt intensivieren und Vertrauen schaffen, sodass wir als Expert*innen für Hochschulpolitik und die Studierendenperspektive anerkannt und konsultiert werden. Wir müssen der Fraktion auch gegenüber ihren Koalitionspartner*innen den Rücken stärken, damit grüne Werte auch gegenüber neoliberalen Ideen durchgesetzt werden können. Doch auch in die Partei hinein müssen wir den guten Draht wahren: So soll weiterhin ein regelmäßiger Austausch mit dem grünen Bundesvorstand stattfinden, in welchem wir die Probleme und Sorgen von uns Studierenden vortragen können. Wir werden zusätzlich weiterhin unsere Kooptiertenplätze in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik wahrnehmen. Deren Potential kann für uns sehr hoch sein, wenn wir innerhalb der BAG Menschen im Gespräch überzeugen können und so Mehrheiten innerhalb der Grünen für eine gute Hochschulpolitik gewinnen können.

Auch wir sagen: Genug ist Genug!

Laut dem statistischen Bundesamt waren im Jahr 2021 37,9% der Studierenden armutsgefährdet. Bei Studierenden, die allein oder ausschließlich mit Kommiliton*innen leben, lag der Anteil sogar bei 76,1%! Es fällt leicht, sich vorzustellen, dass die aktuellen Preisentwicklungen die bereits dramatische Lage noch verschlimmern werden. Es ist Zeit zu sagen: Genug ist Genug!

In einem Jahr, das gleich durch mehrere kapitalistische Krisen geprägt ist, dürfen wir den Ruf sozialer Bündnisse nicht ignorieren und schließen uns deshalb den Forderungen des Bündnis "Genug ist Genug!" an und setzen uns für diese ein. Gemeinsam laut sein!

Gerade in Zeiten multipler Krisen, ist klar, dass wir nur gemeinsam mit anderen laut sein können. Wir müssen uns weiterhin mit anderen linken hochschul- und allgemeinpolitischen Akteur*innen zusammentun, um diesen gesellschaftlichen Krisen etwas entgegenzusetzen und dafür zu sorgen, dass unsere Stimmen gehört werden. Wir werden uns besonders jungen Bündnissen anschließen, um mit vielen Stimmen eine gerechte Politik zu fordern.

Beschlossen auf der 46. Bundesmitgliederversammlung
Berlin, November 2022

